Huml: Im Kampf gegen die Corona-Pandemie waren schnelle Entscheidungen wichtig – Bayerns Gesundheitsministerium weist Kritik an Art der Dokumentierung zurück

11. September 2020

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hat die Kritik an der Art der Dokumentierung von Entscheidungen in der Corona-Krise zurückgewiesen. Huml betonte am Freitag: „Die Vorwürfe der Opposition sind sachlich nicht nachvollziehbar. Denn im Kampf gegen die Corona-Pandemie waren rasche Entscheidungen für unsere Bürger wichtig. Erst an zweiter Stelle kam die Frage, ob auch umfangreich auf Bürokratie geachtet wurde."

Die Ministerin fügte hinzu: „Klar ist auch, dass wesentliche Bewertungshilfen für uns die täglichen Lageberichte und Einschätzungen des Robert Koch-Instituts sowie des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit waren. Das kann niemand ernsthaft kritisieren. Auf dieser Basis haben wir für die Menschen in Bayern schnelle Entscheidungen getroffen, ohne vorher umfangreiche und langwierige Aktenvermerke anzulegen."

Huml erläuterte: „Das RKI und das LGL sind auch heute noch die beiden maßgeblichen Fachbehörden für uns in Bayern, wenn es um Fragen rund um die Corona-Pandemie geht. Alle Informationen, Einschätzungen und Prognosen dieser beiden Behörden sind bis heute öffentlich nachvollziehbar."

Bei einer derzeit beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof anhängigen Klage geht es unter anderem um die Frage, ob die wissenschaftlichen Grundlagen, auf deren Basis die Lage- und Risikobewertung der Staatsregierung zum Beginn der Corona-Pandemie beruhten, in einer sehr frühen Anfangsphase der Pandemie aktenmäßig erfasst wurden. Die Einbindung der Bewertungen und Prognosen der beiden Fachbehörden wurde durch das StMGP bereits von Beginn an in verschiedenen Veröffentlichungen sowie bei Pressekonferenzen transparent dargestellt.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers